

Stand: 20.04.2026 06:39:50

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/17955

"Demokratie schützen - Rüge des Landtags für Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Staatsminister Hubert Aiwanger aufgrund von rechtswidriger Wählertäuschung und Wahlbeeinflussung"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/17955 vom 29.09.2021
2. Beschluss des Plenums 18/18042 vom 29.09.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 92 vom 29.09.2021



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Martin Böhm, Josef Seidl, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

### **Demokratie schützen – Rüge des Landtags für Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Staatsminister Hubert Aiwanger aufgrund von rechtswidriger Wählertäuschung und Wahlbeeinflussung**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag missbilligt und verurteilt die unzulässige Wählertäuschung des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder durch die Aufforderung, Nicht-CSU-Wählern einen falschen Termin für die Bundestagswahl zu nennen.

Der Landtag missbilligt und verurteilt die unzulässige Wahlbeeinflussung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger durch die vorzeitige Veröffentlichung von Wahlprognosen zur Bundestagswahl.

#### **Begründung:**

Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat am 24.09.2021 in Schweinfurt in einer Wahlkampfrede möglicherweise zur Wählertäuschung aufgerufen. Dr. Markus Söder sagte seinen Zuhörern, sie sollten Wählern, die sich noch nicht sicher für die CSU entschieden hätten, sagen: „Lass dir noch eine Woche Zeit, die Wahl ist erst nächste Woche.“

Wählertäuschung ist ein Straftatbestand nach § 108a Strafgesetzbuch (StGB.) Dies gilt auch für den Fall, dass man jemanden dazu veranlasst, gegen seinen Willen nicht zu wählen. Auch die öffentliche Aufforderung dazu ist nach § 111 StGB strafbar. Selbst wenn die Äußerung ein Witz gewesen sein sollte, genügt es laut Rechtsprechung, dass derjenige, der zur Wählertäuschung auffordert, „billigend in Kauf nimmt, dass seine Aufforderung ernst genommen wird“. Bei der Kriminalpolizeiinspektion Schweinfurt liegen bereits mehrere Strafanzeigen gegen Söder vor.

Seine neuerliche Entgleisung entspricht einer für Ministerpräsident Dr. Markus Söder typischen Missachtung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die nicht länger hingenommen werden darf. Es darf nicht sein, dass ein Ministerpräsident zur Wählertäuschung aufruft.

Der Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Hubert Aiwanger, hat am 26.09.2021 vor Schließung der Wahllokale unzulässigerweise Zahlen aus einer Wahlprognose auf Twitter veröffentlicht und sie mit einem Wahlaufuf zugunsten der FREIEN WÄHLER verbunden. Staatsminister Hubert Aiwanger sprach von einem „Missgeschick“. Nach § 32 Abs. 2 Bundeswahlgesetz ist die Veröffentlichung von Wahlprognosen am Wahltag vor Ablauf der Wahlzeit unzulässig. Dass Staatsminister Hubert Aiwanger diese unzulässige Veröffentlichung auch noch mit einer Wahlwerbung für die FREIEN WÄHLER verbunden hat, wiegt besonders schwer. Der Bundeswahlleiter hat eine entsprechende Prüfung eingeleitet.

Der Landtag stellt fest, dass der Ministerpräsident und der stellvertretende Ministerpräsident die Demokratie nicht ernst nehmen und ihrem Amt offensichtlich nicht gewachsen sind. Bayern braucht eine Regierung, die das Land ruhig und sachlich führt sowie die Demokratie ernst nimmt.



## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Martin Böhm, Josef Seidl, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/17955

**Demokratie schützen – Rüge des Landtags für Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Staatsminister Hubert Aiwanger aufgrund von rechtswidriger Wähler-täuschung und Wahlbeeinflussung**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Karl Freller**

I. Vizepräsident

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Florian von Brunn

Abg. Gerd Mannes

Abg. Tobias Reiß

Abg. Thomas Gehring

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Andreas Winhart

Abg. Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Raimund Swoboda

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Arif Tasdelen, Michael Busch u. a. und Fraktion (SPD)**

**Staatsminister Hubert Aiwangers Verhalten schadet Bayern - Ministerpräsident Dr. Markus Söder muss jetzt Konsequenzen ziehen (Drs. 18/17934)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)**

**Demokratie schützen - Rüge des Landtags für Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Staatsminister Hubert Aiwanger aufgrund von rechtswidriger Wählertäuschung und Wahlbeeinflussung (Drs. 18/17955)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Kollegen Florian von Brunn, das Wort.

**Florian von Brunn (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Am Wahlsonntag um kurz nach vier Uhr nachmittags hat Minister Hubert Aiwanger Prognosedaten, nach denen die FREIEN WÄHLER bei 4 % lägen, getwittert und dazu aufgefordert, jetzt noch schnell seine Partei zu wählen. Damit hat Herr Aiwanger nicht nur offensichtlich gegen das Wahlgesetz verstoßen, sondern als stellvertretender Ministerpräsident des Freistaats Bayern ein demokratisches Tabu gebrochen. Es ist nämlich nicht nur verboten, Prognosedaten und Exit Polls vor 18 Uhr zu veröffentlichen, es ist auch eine feste, gelebte demokratische Regel, alles zu unterlassen, was Wählerinnen und Wähler am Wahltag unlauter beeinflussen könnte.

(Beifall bei der SPD)

Der CSU-Generalsekretär Markus Blume hat zu Recht kritisiert, dass durch Herrn Aiwanger versucht wurde, Wählerinnen und Wähler – so sein Wortlaut – in Bayern zu

manipulieren. – Wir geben Ihnen recht, Herr Blume. Dies ist eine schlimme Verfehlung Ihres Koalitionspartners und stellvertretenden Ministerpräsidenten von den FREIEN WÄHLERN.

Herr Aiwanger, auch wenn Sie den Tweet dann wieder gelöscht haben und sich mit wenigen dürren Worten nach massivem Druck entschuldigt haben, haben Sie mit diesem Tweet ein unwürdiges Verhalten an den Tag gelegt, das wir sonst nur von Politikern kennen, die nicht als Vorbilder für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gelten können.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in Kauf genommen, dass dieser Tweet und die Daten über die Medien weiterverbreitet werden. Fakt ist: Ihr Tweet ist in ganz Deutschland durch die Presse gegangen. Sie haben damit dem Ansehen des Freistaats Bayern schweren Schaden zugefügt. Das können Sie mit einer Entschuldigung und dabei fehlender Aufklärung – noch dazu, ohne wirklich ins Detail zu gehen – nicht vergessen machen.

Es war auch nicht das erste Mal, dass Sie völlig danebengegriffen haben. Ich will das schon noch einmal in den Zusammenhang stellen. Es ging los mit der verantwortungslosen Verzögerung des Hochwasserschutzes an der Donau. Ich erinnere an Ihre wenig intelligente Aussage zu Anfang der Pandemie, Starkbierfeste seien der natürliche Feind von Corona, an Ihre populistische Äußerung, Bayern und Deutschland wären sicher, wenn jede und jeder ein Messer in der Hosentasche tragen würde. Dann sind da auch noch Ihre unsäglichen Sprüche über angebliche Impf-Apartheidspolitik, ja, Ihr ganzes Verhalten im Zusammenhang mit dem Impfen. Dazu kommen dann auch noch fragwürdige Corona-Beschaffungen zugunsten von bekannten Unternehmern in Ihrem Stimmkreis. Wenn man das alles zusammenzählt, gerade vor dem Hintergrund des letzten skandalösen Vorfalls, gibt es eine naheliegende Schlussfolgerung, und ich habe das heute schon gesagt: Sie sind Ihrem Amt als stellvertretender Ministerpräsident nicht gewachsen.

(Beifall bei der SPD)

So ist das. Das zieht Fragen an den Ministerpräsidenten Markus Söder und die CSU nach sich, insbesondere angesichts des Vorwurfs der Wählermanipulation, den der CSU-Generalsekretär erhoben hat. Welche Konsequenzen ziehen Sie jetzt aus diesem Skandal? – Herr Herrmann, Sie sind da, der Herr Ministerpräsident ist nicht da. Bleibt es jetzt bei lauen Worten der Ermahnung und der dürren, wenig aussagekräftigen Entschuldigung? Reicht es Ihnen, dass sich Herr Aiwanger jetzt damit herausreden will, das sei ein Missgeschick gewesen und er wüsste nicht, woher die Daten stammen? – Wenn ja, dann ist das auch beschämend, denn dann akzeptieren Sie, dass das Ansehen Bayerns geschädigt wurde und weiter geschädigt wird, dann nämlich, wenn Herr Aiwanger weiter im Amt bleibt.

Wir akzeptieren das nicht. Wir fordern, dass der Landtag das Verhalten des stellvertretenden Ministerpräsidenten, der Teil eines Verfassungsorganes ist, ausdrücklich missbilligt. Die Frau Präsidentin hat klare Worte gefunden, denen wir als Parlament gerne folgen wollen, denn wem das Ansehen Bayerns und demokratische Prinzipien am Herzen liegen, der kann so ein Verhalten nicht dulden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Mit Missbilligung allein ist es aber nicht getan. Wir fordern von Ihnen, vom Ministerpräsidenten, von der Staatsregierung, jetzt endlich Konsequenzen zu ziehen. Sie sind verpflichtet, Schaden vom Freistaat Bayern abzuwenden. Es hat sich mehrfach erwiesen, das habe ich dargelegt, dass Herr Aiwanger für das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Staatsministers offensichtlich ungeeignet ist. Deswegen muss er entlassen werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender von Brunn. – Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Mannes das Wort.

(Lebhafter Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Hu, hu, hu!)

**Gerd Mannes (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Nicht zum ersten Mal müssen wir im Bayerischen Landtag feststellen, dass wir in Bayern von einer absoluten Skandalkoalition mit Skandalministern regiert werden. Diese Regierung ist ausschließlich mit dem eigenen Machterhalt beschäftigt. Dabei bleiben Rechtsstaatlichkeit und gute Sitten auf der Strecke. Söders halbe CSU hat sich in der Corona-Krise die Taschen vollgestopft. Herr Aiwanger, Sie fallen zum wiederholten Male mit fragwürdigen Aktionen auf. Mit Ihrem inakzeptablen Verstoß gegen das Bundeswahlgesetz haben Sie versucht, die Wahl zu Ihren Gunsten zu beeinflussen. § 32 des Bundeswahlgesetzes verbietet das ausdrücklich. Der Ministerpräsident höchstpersönlich hat sogar dazu aufgerufen, Nicht-CSU-Wählern einen falschen Wahltag zu nennen. Das erfüllt einen Straftatbestand nach § 108a und § 111 des Strafgesetzbuches. Beiden Koalitionspartnern ist nichts mehr heilig außer der eigene Machterhalt.

(Beifall bei der AfD)

Herr Minister Aiwanger, Sie haben sich ohnehin durch Ihre unglaubliche Wendehalspolitik in der Corona-Krise selbst diskreditiert. Während Sie alle Verordnungen von der CSU immer brav abgenickt haben, haben Sie zur Bundestagswahl plötzlich den Engel der Verhältnismäßigkeit gespielt. Kein Wunder, wenn Sie am Wahltag in die betrügerische Trickkiste greifen.

Zu den Kollegen von der SPD: Wenn Sie sich hier ausgerechnet um den Rechtsstaat sorgen, so stelle ich fest, Ihr potenzieller Kanzler Olaf Scholz steht in sehr dubiosen Verbindungen zu diversen Finanzkonzernen. Die Beispiele Wirecard und Cum-Ex-Geschäfte machen das deutlich.

(Beifall bei der AfD)

Sie alle, Sie alle hier, haben außerdem die zerstörerische und verfassungswidrige Corona-Politik voll und ganz mitgetragen, insbesondere aber die Diskriminierung von

Menschen in Abhängigkeit von ihrem Impfstatus. Das ist völlig inakzeptabel. Das ist eine inakzeptable Beugung der Rechtsstaatlichkeit. Wir, die AfD, nehmen all diese un-demokratischen Entgleisungen der Altparteien nicht länger hin. Mit unserem Dringlichkeitsantrag fordern wir eine Rüge durch den Landtag sowohl für Herrn Söder wie auch für Herrn Aiwanger. Die Veröffentlichung der Wahlprognose durch Sie, Herr Aiwanger, ist völlig inakzeptabel. Angesichts derartiger Entgleisungen ist es auch gut, dass Sie, die FREIEN WÄHLER, als regionale Spaßpartei – so muss man Sie jetzt bezeichnen – nicht in den Bundestag eingezogen sind. Aber auch Herr Ministerpräsident Söder ist durch untragbares Verhalten aufgefallen. Wir, die AfD, wollen mit unserem Antrag das Ansehen unseres Rechtsstaats wiederherstellen

(Unruhe)

und bitten dementsprechend um Zustimmung.

(Unruhe)

– Doch! Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag, denn wir sind die letzte freiheitlich-konservative Kraft in diesem Parlament,

(Unruhe)

und wir dulden nicht, wenn Regierungsvertreter gegen Anstand und Gesetz verstoßen.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Herr Ministerpräsident Söder hat hier mit seiner autoritären Politik und der Anstiftung zur Wählertäuschung großen Schaden angerichtet. Sie, Herr Minister Aiwanger, haben gegen geltendes Recht verstoßen. Verehrte Kollegen, kehren Sie vor Ihrer eigenen Tür und misten Sie Ihre eigenen Reihen aus, statt ständig irrationale Kritik an der AfD zu üben.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Nächster Redner ist Herr Kollege Tobias Reiß für die CSU-Fraktion.

**Tobias Reiß (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Mannes, es ist nichts anderes zu erwarten gewesen, als dass Sie diese Gelegenheit zu einem Rundumschlag nutzen gegenüber allen Fraktionen hier im Haus.

(Zurufe von der AfD)

Sie wissen selbst am besten, dass nicht Sie die Demokratie schützen müssen, sondern wir die Demokratie vor Ihnen!

(Lebhafter Beifall – Unruhe bei der AfD)

Sie schaden dem Ansehen Bayerns. Sie schaden dem Ansehen Deutschlands in der Welt. Wir müssen die Menschen, wir müssen die Demokratie vor Ihnen schützen.

(Unruhe bei der AfD)

Ja, auch in einem Bundestagswahlkampf – und da sind wir uns sicher alle hier im Haus einig – kämpfen wir. Wir wollen die Demokratie schützen, und wir kämpfen auch für die Glaubwürdigkeit der Demokratie. Da haben vor allem wir, die gewählten Vertreterinnen und Vertreter, eine hohe Verantwortung, dass die Menschen ihr Wahlrecht frei von Einfluss ausüben können.

(Unruhe)

Diesem Anspruch müssen und wollen wir genügen. Im Hinblick auf diesen Anspruch war dieser Tweet vom Sonntag, Herr Kollege Aiwanger, ein Fehler. Sie haben das eingeräumt, Sie haben sich dafür entschuldigt. Wir müssen uns schon der Tatsache bewusst sein, dass jemand, der sein Amt vom Vertrauen der Wählerinnen und Wähler ableitet, eine hohe Sensibilität im Umgang mit den Grundsätzen des Wahlrechts braucht. Deshalb war es sicher richtig, dass der Ministerpräsident seinen Vize aufgefordert hat, das deutlich zu machen und sich zu entschuldigen. Das ist heute passiert.

Der Bundeswahlleiter prüft den Vorgang. Er ist dafür zuständig. An dieser Stelle sehen wir keinen weiteren Anspruch.

Herr Kollege von Brunn, Sie meinen nun, ein bisschen mehr Stärke zu verkörpern, und stellen hier einen Antrag, den es, so glaube ich, in dieser Form im Bayerischen Landtag noch nie gegeben hat. Ihre Fraktion meint, per Dringlichkeitsantrag den Ministerpräsidenten auffordern zu müssen, einen Minister zu entlassen. Wir sehen das als nicht geeignet an. Wir werden diesen Antrag ablehnen, ebenso wie den Antrag der AfD.

(Beifall bei der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Reiß. – Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt Herr Vizepräsident Thomas Gehring.

**Thomas Gehring (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ein Satz zur Überschrift des AfD-Antrages – um das klarzustellen –: Rügen spricht im Bayerischen Landtag die Präsidentin oder der jeweils präsidierte Vizepräsident aus; und sie rügen das jeweilige Verhalten hier im Landtag und nicht das Verhalten außerhalb des Landtags. Wir kämen in den Wald, wenn wir das Verhalten außerhalb des Landtags auch noch rügen müssten. Bei den Rügen im Bayerischen Landtag ist die AfD einsamer Spitzenreiter.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute Vormittag schon über das Thema geredet, dass der Mochtegern-Bundestagsabgeordnete Aiwanger getwittert hat. Es ist tatsächlich so, dass vielen Leuten gar nicht bekannt ist, dass diese Exit-Polls-Ergebnisse, also diese Umfrageergebnisse, diese Prognosen, schon am Nachmittag einer relativ kleinen Zahl von Politikerinnen und Politikern zur Verfügung gestellt werden.

Diese Praxis ist nicht verwunderlich, weil vermutlich mancher nicht interviewfähig wäre, wenn er von diesen Ergebnissen nicht schon vorher etwas erfahren hätte und erst um 18 Uhr die Prognose sieht.

Es ist logisch, dass diese Ergebnisse intern bleiben müssen. Das ist eigentlich jedem klar. Es ist auch allen klar, dass das nur geht, wenn sich alle daran halten, sonst kann man diese Praxis vergessen. Wenn es vor zwei Jahren ein Volontär war und diesmal ein stellvertretender Ministerpräsident ist, dann ist das bedenklich, und zwar für den stellvertretenden Ministerpräsidenten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist rechtlich klar geregelt, und zwar in § 32 Absatz 2 des Bundeswahlgesetzes. Man könnte dort hineinschauen, wenn man sich in den Bundestagswahlkampf begibt.

Gegen dieses Gesetz hat Hubert Aiwanger offensichtlich verstoßen. Das ist eine Ordnungswidrigkeit. Wir gehen davon aus, dass der Bundeswahlleiter dem nachgeht, wie er schon angekündigt hat, und Hubert Aiwangers Verhalten entsprechend ahndet.

Dieser hat sich heute Vormittag oder Mittag relativ wortkarg entschuldigt und gesagt: Kehren wir zur Sachpolitik zurück.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Ich fände es gut, wenn er als Wirtschaftsminister mit der Sachpolitik endlich mal anfängt, weil wir in den letzten zwei Jahren vor allem einen schwadronierenden Aiwanger erlebt haben und weniger einen Wirtschaftsminister, der seiner Aufgabe nachgeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daher rühren von Anfang an die Akzeptanzprobleme dieses Wirtschaftsministers bei der bayerischen Industrie. Wir sind immerhin ein führender Industriestandort in Europa.

Ich darf noch an die Beschaffungspolitik während der Corona-Pandemie erinnern. Es ist klar, dass Fehler passieren, aber wenn in diesem Hause nachgefragt wird, gehört es sich nicht, dass wie damals mit Aggressivität in Pressemitteilungen reagiert wird; sondern richtigerweise stellt man sich als Minister hier hin, geht auf die Kritik des Parlaments ein, geht transparent mit diesen Vorwürfen um, räumt die Vorwürfe aus dem Weg und tut nicht so, als ob man selber in der Opposition wäre.

Wenn wir uns die Corona-Politik anschauen, dann muss man sagen, dass der Wirtschaftsminister und Vizekanzler Aiwanger für die Corona-Politik dieser Staatsregierung nicht hilfreich war, die übrigens von der Mehrheit der demokratischen Parteien in diesem Landtag immer unterstützt worden ist.

(Zuruf)

Es geht nicht an, im Kabinett Dingen zuzustimmen, aber draußen dann anders zu reden und anders zu schwadronieren. Wenn der Wirtschaftsminister Aiwanger im November letzten Jahres den Gastwirten die Öffnung verspricht, diese aber erst im Mai kommt, dann trägt das nicht zum Vertrauen der Menschen in die Politik und in die Handlungsfähigkeit dieser Staatsregierung bei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielleicht noch das Beispiel Technologiepolitik: Wenn man hört, was der Kollege und Wirtschaftsminister Aiwanger zum Thema Wasserstoff sagt, muss man sagen: Das geht wirklich auf keine Kuhhaut! Mit regionaler Wirtschaft und Energiepolitik hat das nichts zu tun.

Es gibt viele Gründe zu sagen: Herr Aiwanger, kehren Sie zur Sachpolitik zurück! Ich zweifle daran, dass sich das ändern wird. Er wird weiterhin schwadronieren und Dinge sagen, für die er nicht richtig in Haftung genommen werden kann. Dann werden die Leute wieder sagen: Ja mei, der Hubert Aiwanger kommt halt vom Land, und da sind

die Leute halt so. Ich als jemand, der selber vom Land kommt, muss sagen: Nein, so sind die Leute auf dem Land nicht!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Leute auf dem Land reden eher zu wenig als zu viel; nicht, wie Herr Aiwanger es tut.

Nachdem es der FREIEN-WÄHLER-Fraktion nicht gelingt, ihren Leithammel wieder einzufangen, um ihn wieder einzunorden, und nachdem die heutige Entschuldigung auf Druck des Ministerpräsidenten relativ dünn war, rate ich dieser Staatsregierung: Wechseln Sie den Staatsminister aus. Ich glaube, diese Staatsregierung kann dann die nächsten zwei Jahre besser arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Gehring. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht Herr Kollege Dr. Fabian Mehring.

**Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER):** Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren, insofern, als die gleiche Debatte wohl im Hinblick auf das zu diesem Zeitpunkt größere Medieninteresse heute Mittag schon einmal stattgefunden hat, besteht ein gutes Stück weit die Gefahr, dass die Argumente ausgetauscht sind und dass – frei nach Karl Valentin gesprochen – schon alles gesagt ist, nur noch nicht von jedem. Ich will mich deshalb darauf beschränken, meinerseits nur noch eine dreifache Einordnung namens der FREIE-WÄHLER-Regierungsfraktion – wenn Sie so wollen, eine persönliche, eine rechtliche und eine politische Bewertung – mitsamt den entsprechenden Schlussfolgerungen für das Vorgehen in den nächsten Tagen und auch für die demokratische Kultur im Haus, die ich heute Mittag schon angemahnt habe, vorzunehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zunächst zur persönlichen Bewertung. Dazu ist das zu sagen, was ich heute Mittag schon einmal zum Ausdruck gebracht

habe: Unsere FREIE-WÄHLER-Regierungsfraktion ist davon überzeugt, dass Staatsminister Hubert Aiwanger am Wahlsonntag wohl mit einigem Adrenalin im Blut vor dem Ende der Schließung der Wahllokale bei einer für unser Land und seine Menschen sehr bedeutsamen Wahl jenseits einer rechtlichen Beurteilung einen Fehler im Hinblick auf die politische Kultur gemacht hat. Deshalb war es richtig, folgerichtig und wichtig, sich dafür heute persönlich zu entschuldigen.

Das ist im Übrigen nicht auf Druck des Herrn Ministerpräsidenten geschehen, sondern war bereits gestern Abend mit unserer Fraktion so vereinbart. Ich finde, dass das Aussprechen einer solchen Entschuldigung und auch das Annehmen einer solchen Entschuldigung unter Demokratinnen und Demokraten ein integraler Bestandteil einer Fehlerkultur in einer parlamentarischen Demokratie zu sein hat. Ich sage dafür ein weiteres Mal: Dafür gebührt dem Staatsminister kein Hohn. Dafür gebührt dem Staatsminister kein Populismus. Dafür gebührt dem Staatsminister genau eines, nämlich der Respekt aller Demokratinnen und Demokraten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf meine persönliche Bewertung der Ereignisse um eine rechtliche Einordnung ergänzen. Mir ist wichtig, dem voranzustellen, dass ich ein großer und überzeugter Anhänger des Prinzips der Gewaltenteilung auch in einem solchen Fall bin. Deshalb meine ich: Wir sind durchaus wohl beraten, Herr Kollege von Brunn, die rechtliche Einordnung des Bundeswahlleiters nicht im Sinne von Vorverurteilungen vorwegzunehmen.

Es gibt Institutionen und Instanzen, die eine Bewertung vornehmen werden. Hubert Aiwanger hat das sogar selbst bereits veranlasst, um Entsprechendes zu beschleunigen. Ich erlaube mir schon, darauf hinzuweisen, dass wir uns nicht im rechtsfreien Raum befinden, sondern dass es – darauf, Herr Kollege von Brunn, habe ich heute Mittag schon einmal hingewiesen – einen entsprechenden Präzedenzfall und auch eine rechtliche Kommentierung dazu gibt. Ich darf sie zitieren. Es wird Bezug genom-

men auf einen Fall von 2009, der mir vergleichbar erscheint – Zitat –: So wurden bei der Bundestagswahl 2009 am Wahlnachmittag über Twitter angebliche Trends und Zwischenergebnisse von Wahlnachbefragungen verbreitet. Da es sich bei diesen Angaben jedoch ersichtlich nicht um stimmige Ergebnisse handelte, die nach kurzer Zeit zurückgezogen wurden, sind sie im Wahlprüfungsverfahren nicht beanstandet worden; denn § 32 Absatz 2 verbietet nur Trendmeldungen und Zwischenergebnisse, die auf tatsächlichen Wahlnachbefragungen beruhen.

Die Forschungsgruppe Wahlen hat zwischenzeitlich – auch öffentlich einsehbar – bestätigt, dass das in diesem Fall nicht der Fall war. Das will heißen: Wir überlassen die rechtliche Beurteilung selbstredend dem Bundeswahlleiter. Aber es ist schon mal zur Kenntnis zu nehmen von allen, die heute anders gesprochen haben, dass die sehr berechtigte Frage im Raum steht, ob wir überhaupt über eine Ordnungswidrigkeit sprechen. Deshalb bitte ich um entsprechende Zurückhaltung und Fairness in Hinblick auf die rechtliche Bewertung.

Nach der persönlichen und der rechtlichen Bewertung komme ich nun zur politischen: Ich bin ehrlicherweise über die ein oder andere Einlassung am allermeisten verwundert. Eines ist doch klar: Ein Tweet auf dem Twitter-Account von Hubert Aiwanger, der dort einige Minuten online gewesen ist, der hat eines ganz sicher nicht, wenngleich er ein großes Ärgernis sein mag, aber er hat ganz sicher nicht den Ausgang der Wahlen zum Deutschen Bundestag determiniert. Ich rate im Hinblick auf die politische Bewertung dazu – bei aller Berechtigung, ich sage es noch einmal ausdrücklich, bei aller Berechtigung von Kritik, bei aller Notwendigkeit einer Entschuldigung –, die Kirche ein gutes Stück weit im Dorf zu lassen. Wer da von Wahlmanipulationen spricht, der hat schon eine sehr bemerkenswerte Sichtweise auf die Wirkung des Twitter-Accounts von Hubert Aiwanger, die ich in dieser Weise spontan nicht zu teilen bereit wäre.

Ich darf zusammenfassen: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es war eine Entschuldigung nötig; denn es ist ein Fehler gemacht worden, ein Fehler im Hinblick auf die politische Kultur. Diese Entschuldigung ist er-

folgt. Im Sinne der rechtlichen Bewertung ist unklar, ob überhaupt auch nur eine Ordnungswidrigkeit im Raum steht. Politisch ist ganz sicher nicht die Bundestagswahl dadurch manipuliert worden. Trotzdem war Hubert Aiwanger heute so charakterstark, sich an dieses Rednerpult vor das Hohe Haus zu stellen und die entsprechende Entschuldigung vorzunehmen.

(Widerspruch)

– Da können Sie höhnisch lachen. Aber ich sage es noch einmal ganz deutlich: Ich glaube, wir brauchen in einer parlamentarischen Demokratie auch eine Fehlerkultur, wenn diese Demokratie unter Demokraten funktionieren soll. Auch müssen wir zu dem Bekenntnis kommen, dass Spitzenpolitiker keine Maschinen sind, sondern auch nur Menschen, die Fehler machen. Der Anspruch muss sein, dass man diese Fehler erkennt und sich für diese Fehler entschuldigt. Genau das ist heute passiert. Der Anspruch muss aber auch sein, dass eine solche Entschuldigung dann zur Kenntnis genommen und angenommen wird. Dies nicht zu tun, ist ebenso unredlich und undemokratisch, wie im Vorhinein einen Fehler zu machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Genauso unredlich ist es – darauf will ich Sie noch hinweisen, weil ich das heute Nachmittag schon den Medien entnommen habe –, die Genese der Art und Weise von Entschuldigung zu betreiben und diese medial zu analysieren. Das ist durchschaubar. Wir sollten unter Demokraten ehrlich miteinander umgehen: Hätte Hubert Aiwanger heute Morgen fünf Minuten ausgeführt, dann hätten sie gesagt: Oh, da muss sich einer rechtfertigen. Sie hätten dann jeden Satz, den er gesagt hat, fein seziiert und versucht, ihm daraus einen Strick zu drehen. Wenn er sich kurz und knapp entschuldigt – wie Sie sich das alle gewünscht haben –, dann kommentieren Sie anschließend, dass das zu kurz war. Ganz ehrlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, das entspricht keinem demokratischen Umgang miteinander. Es war eine Entschuldigung gewünscht. Die Entschuldigung ist erfolgt.

Herr von Brunn, wenn es uns wirklich um das Ansehen des Freistaates geht, dann sollten wir eine solche Entschuldigung akzeptieren. Sie schaden dem Ansehen des Freistaats auch mit Ihrer Politik, da Sie ein Thema, das bereits erledigt ist, weil die Entschuldigung erfolgt ist, immer weiter in die Öffentlichkeit tragen. Sie agieren im Sinne eines politischen Geschäftemachers, der das Thema mit weiteren Debatten breittreten will. Wenn Sie Bayern nicht schaden wollen, dann sollten Sie das unterlassen. Sie sollten dieses Gremium, den Bayerischen Landtag, nicht zu einer Twitter-Debatten-Kammer verzweigen. Wir sind das Parlament. Im Parlament haben diese Entscheidungen stattzufinden, und im Parlament ist die Entschuldigung erfolgt. Aus meiner Sicht genau da, wo sie hingehört.

Herr von Brunn, deshalb schließe ich meine Ausführungen mit einem Zitat aus der Bibel: Ein Sünder, der umkehrt, ist wichtiger als 99 Gerechte. Ich würde sagen, wahrscheinlich wichtiger als 999 Selbstgerechte, so wie Sie heute aufgetreten sind. Hubert Aiwanger hat genau das heute getan. Er hat einen Fehler eingestanden, und ich finde, in einer Demokratie ist es wichtig, dass das gemacht wird. Aber genauso wichtig ist, dass eine Entschuldigung anschließend auch akzeptiert wird. Ich fordere Sie deshalb noch einmal dazu auf, im Sinne unseres demokratischen Umgangs miteinander diese Entschuldigung, die nötig war – ich sage es noch einmal ganz deutlich –, die richtig war, die aber auch erfolgt ist, entsprechend zu akzeptieren.

Darüber hinaus ist zu sagen, dass der Antrag der AfD einer ist, wie wir ihn von der AfD kennen. Für Rügen bleibt in diesem Hohen Haus weiterhin die AfD zuständig und nicht die demokratischen Parteien. Deshalb ist dieser Antrag genauso abzulehnen wie der Antrag der SPD-Fraktion.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Mehring. – Es liegen Meldungen zu zwei Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt vom Herrn Abgeordneten Winhart von der AfD-Fraktion.

**Andreas Winhart (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Werter Dr. Mehring, Sie haben gerade verzweifelt versucht, die Sache herunterzuspielen. Aber die Akte Aiwanger ist umfangreich. Es geht nicht nur um dieses Geschehnis vom letzten Wochenende. Nein, wie bereits heute Mittag diskutiert steht auch die Sache mit den Maskendeals im Raum, die 90.000 Wischmopps und vieles mehr. Dabei ist mir aufgefallen, dass Herr Aiwanger im Jahr 2012 schon einmal einen Twitter-Account besessen hat. Dabei ist er unter anderem mit Blondinen-Witzen und ähnlich tollen Gags aufgefallen.

(Widerspruch)

Jetzt stellt sich die Frage, ob es bei den FREIEN WÄHLERN niemanden gibt, der dem Herrn Aiwanger seinen Twitter-Account wegnehmen kann, oder ob ihm nicht zumindest eine Kindergärtnerin zur Seite gestellt werden kann, die auf ihn aufpasst. Wollen wir die Sache vielleicht einmal anders lösen, indem Herr Aiwanger seine Konsequenzen zieht und zurücktritt?

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Dr. Mehring, bitte.

**Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER):** Sehr verehrter Herr Kollege Winhart, ich habe zunächst einmal nicht den Eindruck, dass ich versuche, den Sachverhalt herunterzuspielen. Ich habe sehr deutlich gesagt, dass ein Fehler gemacht worden ist und dass zu Recht eine Entschuldigung erfolgt ist. Ich habe eher das Gefühl, dass Sie versuchen, die Angelegenheit heraufzuspielen. Sie demaskieren sich mit dieser Wortmeldung auch entsprechend. Es geht Ihnen weder um diesen Twitter-Eintrag vom vergangenen Sonntag, noch geht es Ihnen darum, sich inhaltlich in der Sache auszutauschen. Sie wollen jetzt eine Gesamtbilanz bis zurück ins Jahr 2012. Ihren Humor für Blondinen-Witze in Abrede gestellt oder nicht in Abrede gestellt; lassen wir das dahingestellt sein. Ihnen sei ganz deutlich gesagt: Wer dieser Demokratie wirklich einen Dienst erweisen möchte, der braucht sich nicht um einen Twitter-Beauftragten

für Hubert Aiwanger zu kümmern, der wäre wohl beraten, allen Kolleginnen und Kollegen Ihrer Gruppierung in allen Landesparlamenten und im Bundesparlament nicht nur den Twitter-Account zu sperren, sondern am besten das Handy wegzunehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Jetzt kommen wir zur Zwischenbemerkung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Florian von Brunn. Herr von Brunn, bitte.

**Florian von Brunn (SPD):** Sie haben gerade die Behauptung aufgestellt, die Forschungsgruppe Wahlen hätte bestätigt, die Zahlen, die Herr Aiwanger getwittert hat, stammten nicht von der Forschungsgruppe. Ich habe die Exit Polls, die mir von der Forschungsgruppe Wahlen vorliegen, um 16 Uhr verglichen mit den Zahlen, die Herr Aiwanger getwittert hat. Dankenswerterweise oder nicht dankenswerterweise ist sofort ein Screenshot gemacht worden. Es handelt sich um genau die gleichen Zahlen. Also ich würde jetzt gerne von Ihnen hören, was Sie uns gerade sagen wollten mit der Aussage.

**Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER):** Sehr verehrter Herr Kollege von Brunn, beim Screenshot waren Sie ganz offenkundig schnell. Weniger schnell waren Sie beim Weiterlesen auf der Seite der Forschungsgruppe Wahlen. Ich habe wahrgenommen, dass die Forschungsgruppe Wahlen sich entsprechend geäußert hat und mitgeteilt hat, dass es sich dabei nicht um ihre Zahlen handelt. Das ist auch Gegenstand des Austausches im Anhörungsverfahren zwischen dem Bundeswahlleiter und dem Staatsminister Hubert Aiwanger. Ich bitte um Verständnis, dass ich die Details des Verfahrens jetzt nicht parlamentsöffentlich schildern werde. Sie dürfen davon ausgehen, dass das zwischen dem Bundeswahlleiter und dem Staatsminister besprochen ist. Sie dürfen auch noch einmal nachschauen auf der Seite der Forschungsgruppe Wahlen. Deshalb fand ich es richtig und wichtig, dass der Staatsminister sich heute öffentlich und gegenüber dem Parlament, aber in gleicher Weise auch gegenüber der Forschungsgrup-

pe Wahlen entschuldigt hat, dafür, diese Zahlen über den Account entsprechend publiziert zu haben.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Mehring. – Der nächste Redner ist für die FDP-Fraktion Herr Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch. Im Rahmen der Dringlichkeitsanträge hat die FDP noch 16 Minuten und 21 Sekunden.

**Dr. Wolfgang Heubisch (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr stellvertretender Ministerpräsident, wir kennen uns seit vielen Jahren. Ich habe Ihr Agieren, Ihr Verhalten, Ihre Reden sowohl hier im Plenum als auch draußen intensiv miterlebt. Aber so etwas wie am Sonntagnachmittag habe ich noch nicht erlebt. Darum hätte ich mir erhofft – sage ich ganz ehrlich –, dass Sie sich heute Mittag ans Rednerpult stellen und glaubhaft und nachhaltig die Sache darstellen und sich entschuldigen. Nahezu Stunden werden für einen einfachen Sachverhalt angesetzt. Aber bei einem solch extrem wichtigen Thema, auch für die Demokratie, geben Sie nur eine ganz dürre Erklärung ab. Das hat mich maßlos enttäuscht. Das möchte ich an dieser Stelle schon einmal sehr deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben ja noch eines gemeinsam, lieber Herr Aiwanger: Wir tragen beide den Titel "Staatsminister". Ich glaube, dass wir genau aus diesem Titel – ob man ihn momentan führt oder ob es in der Vergangenheit war, spielt hier keine Rolle – eine ganz besondere Verpflichtung gegenüber Recht und Gesetz haben. Wir sind genau hier in diesem Plenum noch einmal ganz besonders auf die Bayerische Verfassung vereidigt worden. Darum ist es besonders wichtig, dass wir agieren, wie es die Bevölkerung von uns erwartet, und das sind die moralischen, ethischen Vorwürfe, die ich Ihnen ganz klar mache. Mit einer dürren Entschuldigung kommen wir nicht weiter. Wir – ich wiederhole es – beschädigen die Demokratie.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich weiß nicht, wie es jetzt weitergehen wird. Mit einer Verurteilung, die kommen mag, ist aber noch gar nichts erledigt.

Ich bin auch, Herr Mehring, vor allem von Ihrer Wortmeldung heute Mittag schon ziemlich enttäuscht gewesen. Ihr Verhalten kenne ich mittlerweile: Je schneidender Ihre Stimme, umso weniger Inhalt.

(Beifall bei der FDP)

Das ist genau das Verhalten. Das ist eine dialektische Nullnummer gewesen. Ich gebe zu, Ihre Rede vor fünf Minuten hat schon einen ganz anderen Ton gehabt. Sie bemühen sich ja wirklich verzweifelt, so möchte ich es fast ausdrücken, Herrn Staatsminister Aiwanger zu verteidigen. Es wird Ihnen nicht gelingen.

(Beifall bei der FDP)

Wo ist denn Tobias Reiß? – Leider ist er nicht mehr da.

(Zuruf)

– Da ist er. Bei ihm war ich genauso enttäuscht. Wie soll denn eine Bayerische Staatsregierung endlich wieder zu einem besonderen, zu einem normalen Arbeitsverhalten kommen, wenn hier vor dem Plenum so eine wachsweiche Erklärung abgegeben wird? Wie soll das weitergehen? – Ich bin überzeugt: Wenn Sie sich nicht am Riemen reißen, dann wird der Zustand in dieser Koalition noch schlimmer. Es ist Zeit, umzukehren. Ich hätte erwartet, dass Sie den stellvertretenden Ministerpräsidenten auffordern, die Konsequenzen zu ziehen. Wir, das kann ich dazu sagen, werden dem Antrag der SPD zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Heubisch. – Nächster Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Swoboda.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Sehr geehrtes Präsidium, geschätzte Plenarversammlung! Heute erleben wir wenig kurzweilig einen mit linker Moral apostrophierten Antrag der SPD nach dem Motto: Wir suchen das Böse stets bei den anderen. – Dabei sollten die Damen und Herren SPD-Obermoralisten doch lieber vor der eigenen Haustür kehren; denn wir alle sehen, was Kanzlerkandidat und Bundeskanzler im Werden Olaf Scholz als Erster Bürgermeister Hamburgs und als Finanzminister der Bundesrepublik so alles moralisch zu vertreten hätte: Stichworte sind Cum-Ex-Skandal rund um das Bankhaus Warburg und der Wirecard-Betrug. Da geht es um Milliarden.

Mir geht es, wenn ich das erwähne, um das Maß der Dinge. Das ist bei der SPD wieder typisch: zweierlei.

Nun nehmen die roten Biedermänner und -frauen das unbedarfte Missgeschick eines erfolgreichen Wirtschaftsministers in Form seiner flapsigen Wahl-Orakel-Meldung auf seinem Twitter-Account zum Anlass, diesem und damit auch dem Ministerpräsidenten vermeintlich bei günstiger Gelegenheit so richtig harsch in die Suppe zu spucken.

Aber Vorsicht! Die SPD sollte nicht so ohne Weiteres auf die unseriöse und wie üblich durchsichtige süddeutsche hofnärrische Zeitungsberichterstattung hereinfallen, nur um das Eisen mit einer billigen politischen Beinpinkelei zu schmieden. Mehr ist es nämlich nicht.

Der Bundeswahlleiter hat nämlich schon gesagt, er habe zwar eine Prüfung eingeleitet, sei sich aber gar nicht so sicher, ob das den Maßstäben materiell-rechtlich tatbestandsmäßig auch standhalte. Denn es muss sich bei einer Meldung tatsächlich um die Zitierung eines Meinungsforschungswahlprognoseergebnisses handeln, und nicht nur um einen anachronistischen satirischen Wahlwerbepost eines Wahlstreiters. Mag es noch so ungeschickt oder geschmacklos empfunden werden: Meinungsfreiheit gilt auch für den Wahltag.

Wenn hier immer gleich jemand von Schuld spricht, insbesondere Herr Dr. Mehring, dann kann man gleich das Fürchten kriegen. Schuld setzt immer voraus, dass diese

auch festgestellt wird, und zwar objektiv und subjektiv, tatbestandsmäßig und innerlich. Entschuldigung ist dann angebracht, und nicht eher.

Wer hier die Ministerentlassung fordert, der sollte die Voraussetzungen einer solchen kennen und nicht so tun, als wolle oder solle der Ministerpräsident Dr. Söder diesen Ball als Vorwand nutzen, seinen Wirtschaftsminister so quasi retourkutschenmäßig für dessen herausragenden Wahlsieg auf Bundestagswahlebene zu diskreditieren und zu schassen.

Wir sind hier schließlich nicht im Merkel-Land, sondern im Bayern-Land, und da gilt das, was in der Verfassung steht. Da steht: Der Ministerpräsident beruft und entlässt mit Zustimmung des Landtags. – Er hat also das Initiativrecht und muss sich zunächst einmal darüber klar werden, was er will und was er soll. Das wird er schon mit seinen Leuten – Herr Reiß, mit Ihnen natürlich auch, ganz wichtig – besprechen.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Herr Florian von Brunn, letztes Wort an Sie.

(Zuruf)

Es ist politische Korinthenkackerei, was die SPD da tut. Sie sollten zu größerer Leistungsfähigkeit in der Lage sein. Das haben wir uns zumindest von Ihnen und Ihrer neuen SPD-Fraktionsführung erhofft.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/17934 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion. Gegenstimmen! – Bei Gegen-

stimmen der FREIEN WÄHLER, der CSU sowie der fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Enthaltungen? – Die AfD-Fraktion hat an der Abstimmung nicht teilgenommen. Vielen Dank, der Dringlichkeitsantrag ist damit abgelehnt.

(Widerspruch bei der AfD)

– Ablehnung? – Dann müssen Sie auch die Hand heben. – Für das Protokoll: Die AfD-Fraktion hat den Antrag ebenfalls abgelehnt.

(Lachen)

– Vorsicht, liebe Kolleginnen und Kollegen der AfD, jetzt sind Sie nämlich dran.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/17955 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die übrigen Fraktionen sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Der Dringlichkeitsantrag ist abgelehnt.